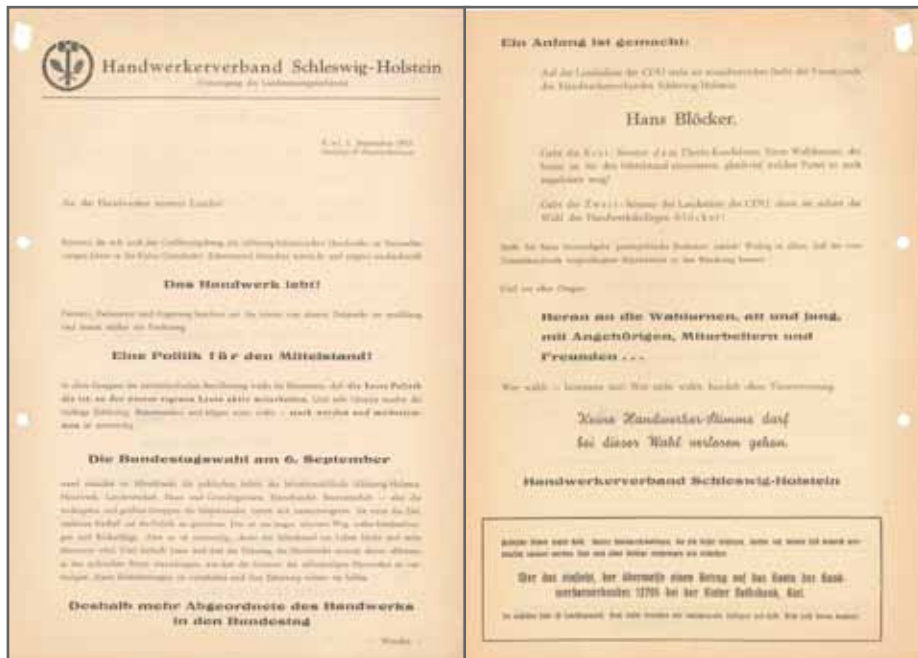


Handwerksbrief 1/2012

60 Jahre Handwerk Schleswig-Holstein, 60 Jahre erfolgreiche Verbandsarbeit



Mit einem Festakt feiern wir am 22. August das 60jährige Bestehen unseres Verbandes; hier ein Wahlaufzur zur Bundestagswahl im September 1953.

2012 ist ein besonderes Jahr für Handwerk Schleswig-Holstein e.V.: Unser Verband feiert seinen 60. Geburtstag. Am 19. Februar 1952 ist der damalige Handwerkerverband Schleswig-Holstein von mehreren engagierten Handwerkern gegründet worden, berichtet Geschäftsführer Tim Brockmann. Erster Präsident war der spätere schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Hermann Böhrnsen aus Rendsburg. Seit seiner Gründung hat sich unser Verband immer wieder verschiedener Themen angenommen. Im Rahmen einer Festschrift sollen die Höhepunkte der Verbandsarbeit aus den vergangenen 60 Jahren zusammengestellt werden. „Bei der Durchsicht der alten Unterlagen waren wir sehr überrascht, wie die Interessenvertretung für das freiwillig organisierte Hand-

werk in den frühen Jahren der Bundesrepublik erfolgte und welche Themen vom Verband aufgegriffen wurden“, berichtet Geschäftsführer Brockmann weiter. Anlässlich des Jubiläums haben wir unser Verbandslogo um die Zahl 60 ergänzt – damit soll bei allen Gelegenheiten auf das Jubiläum aufmerksam gemacht werden. Der Höhepunkt im Jubiläumsjahr 2012 ist jedoch der Festakt am 22. August. „Aufgrund der anstehenden Landtagswahl haben wir uns entschlossen, den Festakt nicht im Februar, sondern erst nach den Sommerferien stattfinden zu lassen“ erläutert Geschäftsführer Brockmann den späteren Termin. Als besonderer Ehrengast hat bereits der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Otto Kentzler, zugesagt.

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,



schon der erste Blick zeigt, dass diese Ausgabe ein besonderer Handwerksbrief ist, denn sie hat sich gegenüber den bisherigen Ausgaben verdoppelt. Dies hat einen guten Grund, denn wie hinlänglich bekannt ist, wird am 6. Mai ein neuer Landtag gewählt. Wir haben dieses Ereignis zum Anlass genommen, den vier großen Parteien fünf Fragen zu ihrer zukünftigen Politik zu stellen. Ihre Antworten haben wir direkt gegenüber gestellt, so dass Sie schnell die unterschiedlichen Positionen vergleichen können. Fünf Fragen können aber nur einen Ausschnitt der Wahlprogramme abbilden, und deshalb finden Sie auf unserer Homepage die vollständigen Wahlprogramme der Parteien.

Für die Zukunft unseres Landes wird es entscheidend sein, ob die neue Landesregierung auch weiterhin den Mut aufbringt, den Landeshaushalt zu sanieren; weitere Einsparungen werden unvermeidlich sein. Wer vor der Wahl Millionen verspricht, muss auch sagen, wie diese in den nächsten Jahren in unserem Land finanziert werden sollen, ohne dass an der Schuldenbremse gerüttelt wird. Denn die Politik steht nicht nur für heute, sondern auch für morgen in der Verantwortung. Zulange haben wir über unsere Verhältnisse gelebt und haben es den kommenden Generationen damit immer schwerer gemacht. Nur wenn finanzielle Spielräume für kommende Generationen erhalten bleiben, können diese in Bildung und Infrastruktur investieren – und nur dann wird sich unsere Wirtschaft weiter positiv entwickeln.

Ihr

Ulrich Mietschke
Präsident Handwerk
Schleswig-Holstein e.V.

Fünf Fragen zur Landtagswahl



CDU-Spitzenkandidat
Jost de Jager
www.jostdejager.de



SPD-Spitzenkandidat
Torsten Albig
www.torsten-albig.de



FDP-Spitzenkandidat
Wolfgang Kubicki
www.fdp-sh.de



GRÜNEN-Spitzenkandidat
Robert Habeck
www.robert-habeck.de



Um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu erhalten, ist eine Abkehr von der Verschuldungspolitik erforderlich. Mit der Festschreibung der Schuldenbremse in der Landesverfassung wurde ein erster Schritt getan.

Die Schuldenbremse ist das zentrale Instrument für die Zukunftsfähigkeit von Schleswig-Holstein. An ihr darf nicht gerüttelt werden. Eine solide Haushaltsfinanzierung von Schleswig-Holstein schützt die mittelständische Wirtschaft und damit besonders das Handwerk. Die CDU setzt auf die Umstrukturierungen des Haushaltes und damit auf einen effizienteren Finanzmitteleinsatz. Das Handwerk in Schleswig-Holstein braucht eine handlungsfähige Wirtschafts- und Finanzpolitik für seine Planungssicherheit.

Die SPD steht zur Schuldenbremse. Sie stellt sicher, dass künftige Generationen Spielräume zur Gestaltung haben. Zur Einhaltung werden wir eine nachhaltige Finanzpolitik mit klaren Prioritäten realisieren. Dazu zählen der kontinuierliche Defizitabbau durch sparsame Haushaltsführung, Bildungsinvestitionen, mit denen wir künftige Belastungen des Haushaltes durch Sozialtransfers nachhaltig senken sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende zur Stärkung der Wachstumskraft.

Die FDP spricht sich bei der Konsolidierung für einen Dreiklang von Einsparungen, Wachstum und Investitionen aus. a. Wir werden weiter stetig den Abbau von Subventionen vorantreiben. Subventionen begünstigen einzelne Akteure und schaden den Mitbewerbern. b. Wir werden auch weiterhin Bürokratie abbauen und Verwaltungen effizienter machen. c. Die FDP möchte die Haushaltsmittel, die nach Abzug aller notwendigen Ausgaben verbleiben, auf zwei Bereiche konzentrieren: Infrastruktur und Bildung.

Die GRÜNEN wollen die Schuldenbremse einhalten: Durch eine Verwaltungs- und Gebietsreform muss es gelingen, eine Verwaltungsebene einzusparen, eine enge Kooperation der norddeutschen Länder umzusetzen, Umstellung der Investitionsförderprogramme von Zuschüssen auf Darlehen. Alle Förderprogramme kommen auf den Prüfstand, alle Landesaufgaben effizient erledigen und die Pensionskosten reduzieren. Zusätzliche Einnahmen durch Steuererhöhungen und mit dem Bund Einrichtung eines Altschuldenfonds.

Bitte nennen Sie drei konkrete Maßnahmen, mit denen Sie das Handwerk in Schleswig-Holstein in der kommenden Legislaturperiode stärken wollen.

Die CDU Schleswig-Holstein will eine Harmonisierung der bundesweiten Förderpolitik durchsetzen und hat das Ziel, unser Land für den weltweiten Standortwettbewerb weiter zu ertüchtigen. Die Beibehaltung der erhöhten Wertgrenzen auch 2012 ist hierfür ein Beispiel. Ein Schwerpunkt ist eine wirtschaftsnahe Infrastruktur. Hierzu gehören neben Straßen- und Schienenbauprojekten ein gut ausgebautes Breitbandnetz sowie die emissionsarme Energieversorgung und die energetische Sanierung von Gebäuden.

- ein faires und ausgewogenes Tarifreuegesetz, das dafür Sorge trägt, dass Wettbewerb über die Qualität stattfindet, nicht über Lohndumping;
- Verbesserungen am Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung, damit Jugendliche ebenso wie Betriebe Ausbildung erfolgreich gestalten können;
- Unterstützung bei lebenslangem Lernen, um Fachkräftemangel erfolgreich zu bekämpfen.

Wir wollen die Lehrerversorgung verbessern. Die Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen müssen den wachsenden Anforderungen in den Berufen auch zukünftig gerecht werden. Wir wollen die Kreditversorgung des Handwerks auch in Zukunft weiterhin jederzeit sicherstellen. Wir möchten deshalb die handwerksspezifischen Förderprogramme der Förderinstitute des Landes beibehalten und bei Bedarf weiter entwickeln. Wir wollen den Umbau der Energieversorgung weiter vorantreiben.

- Förderung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten
- Örtliche Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind die Kreditgeber des Handwerks. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese in der Regel sehr soliden Institute nicht genauso behandelt werden wie Großbanken bei der Anwendung des Basel III-Regelwerkes zu Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften.
- Unser Ziel bleibt die Absenkung der Lohnnebenkosten, um lohnintensive Betriebe wie im Handwerk zu entlasten.

Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Duale Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken und somit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten?

Eine fundierte Ausbildung sichert den Jugendlichen einen erfolgreichen Start in das Berufsleben und wirkt dem zukünftigen Fachkräftemangel entgegen. Auf Grundlage der dualen und überbetrieblichen Ausbildung setzt sich die CDU für die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger ein. Um die Ausbildungsfähigkeit sowie vollzeitschulische Bildungsmaßnahmen besser mit den Anforderungen der Handwerksbetriebe zu koordinieren, wollen wir einen engen Dialog zwischen dem Land und dem Handwerk.

Die duale Berufsausbildung ist die tragende Säule zur Fachkräftesicherung. Jeder Jugendliche in Schleswig-Holstein hat ein Recht auf eine Berufsausbildung mit qualifizierendem Abschluss. Wir werden den Übergang von Schule zu Berufsausbildung stärken, damit Jugendliche ebenso wie Betriebe Ausbildung erfolgreich gestalten können. Auch die überbetriebliche Ausbildung soll weiterhin durch das Land gestützt werden.

Wir wollen weiter die Ausbildungsfähigkeit der Jugend verbessern. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Teil der Jugendlichen mangelhafte Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen vorweist. Wir können es uns weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich leisten, einen Teil der Jugendlichen zurückzulassen. Wir möchten die Schulsozialarbeit, die wir erstmals mit Landesmitteln unterstützen, besonders an den Berufsbildenden Schulen ausweiten. Dadurch werden wir die Abbrecherquote bei Ausbildungsberufen senken.

Sprachkompetenzen schon in den Kitas stärken. Verbesserung der schulischen Ausbildung für alle Kinder durch mehr und längeren gemeinsamen Unterricht. Alle Jugendlichen müssen einen qualifizierten Schulabschluss erhalten. Durch eine Ausbildungumlage, die bei den ausbildungsfähigen aber nicht ausbildenden Betrieben erhoben wird, werden die ausbildenden Betriebe belohnt. Weitere Einrichtung von regionalen Berufsbildungszentren, um die Zusammenarbeit des dualen Systems zu verbessern.

Bitte vervollständigen Sie den folgenden Satz: Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns...

...hält die CDU nicht für zukunftsweisend, da nur branchen- und regionalspezifische Lohnuntergrenzen garantieren, dass die Entscheidung über den Lohn weiterhin von den Tarifpartnern getroffen wird. Auch für die CDU steht außer Frage, dass von geleisteter harter Arbeit ein Lebensunterhalt finanziert werden können muss. Deshalb hält die CDU eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen für notwendig, in denen ein tariflich festgelegter Lohn nicht existiert.

...halten wir für notwendig. Wir werden uns auf Bundesebene weiterhin dafür stark machen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird hierfür konsequent werben und ein Tarifreuegesetz mit einem vergabespezifischen Mindestlohn auf den Weg bringen.

Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohns lehnen wir ab. Wir unterstützen die Einführung verbindlicher Lohnuntergrenzen, die sich an marktwirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren. Voraussetzung dafür ist, dass die Lohnuntergrenzen nach Branchen und Regionen differenziert von einer Kommission ermittelt werden, der die Tarifpartner angehören. Damit wollen wir fairen Wettbewerb stärken und Lohndumping bekämpfen.

Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns schützt all die Betriebe, die auskömmliche Tariflöhne zahlen, damit die Arbeitnehmer mit ihren Familien auch von ihrer Hände Arbeit leben können.

Der Handwerkerbonus hat sich als ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erwiesen. Gleichwohl wird auf verschiedenen Ebenen über dessen Fortführung diskutiert. Welche Positionen nehmen Sie ein?

Die Schwarzarbeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren, und das hat auch etwas mit der pauschalen Absetzbarkeit von Handwerksleistungen zu tun. Deshalb will die CDU am Handwerkerbonus festhalten. Dabei nehmen wir auch die Kritik des Bundesrechnungshofes sehr ernst, die sich im Wesentlichen auf Mitnahmeeffekte und mangelhafte Kontrolle der Finanzämter bezieht. Auch hier setzt die CDU auf einen engen Dialog zwischen Politik und dem Handwerk.

Insgesamt sind wir der Auffassung, dass Subventionen auf den Prüfstand gehören. Maßnahmen, die zur Verringerung von Schwarzarbeit beitragen, sollten allerdings beibehalten werden.

Die FDP Schleswig-Holstein ist für die Fortführung des „Handwerkerbonus“. Es wäre falsch, nur die entgangenen Steuereinnahmen zu betrachten und die Seite der Mehreinnahmen bei den Sozialkassen zu vernachlässigen. Zudem erhält der Staat durch die Besteuerung der höheren Einkommen aus legaler Arbeit einen Teil der Steuer zurück. Wir sehen den „Handwerkerbonus“ als privates Investitionsprogramm. Es bekämpft Schwarzarbeit und fördert die lokale Wirtschaft.

Die steuerliche Absetzung von Lohnanteilen der Handwerkerrechnungen wird beibehalten und ggf. ausgebaut.

Politische Diskussionen in Berlin: Handwerk dringt mit Themen durch

Auch in diesem Jahr hat sich unser Verband, vertreten durch Präsident Ulrich Mietschke und Geschäftsführer Tim Brockmann, gemeinsam mit den beiden Handwerkskammern des Landes auf den



Gespräch mit den MdB der CDU...

Weg nach Berlin gemacht, um dort an zwei Tagen intensive politische Gespräche mit den schleswig-holsteinischen Bundstagsabgeordneten von CDU, SPD, FDP und Grünen zu führen. Ulrich Mietschke berichtet: „Dabei haben wir eine große Bandbreite an Themen von der wirtschaftlichen Situation des Handwerks über Fachkräftesicherung und Steuerpolitik bis zum Abfallrecht besprochen. Die Bundstagsabgeordneten aller Parteien zeigten dabei wieder einmal großes Interesse an den Themen des Handwerks.“ In vielen Punkten gebe es eine große Übereinstimmung zwischen Politik und Handwerk.

Größere Meinungsverschiedenheiten gab es dagegen beim Thema Mindestlohn. Für die CDU erläuterte der Abgeordnete Dr. Wadepful das Modell einer „tarifdispositiven Lohnuntergrenze“. Bei diesem Modell soll eine paritätisch besetzte Kommission eine Lohnuntergrenze festlegen, die jedoch nur dann greife, wenn kein Tarifvertrag in der Branche vorhanden sei. Eine solche Regelung sei erforderlich, weil die klassischen Mechanismen in der Lohnfindung nicht mehr ausreichend wirkten und die Tarifbindung insgesamt nachgelassen habe, begründete Wadepful die Notwendigkeit einer Lohnuntergrenze. Die CDU sei bestrebt, noch im Jahr 2012 eine Einigung in der Koalition zu erreichen. Auch die FDP-Landesgruppe sprach sich für die Einführung eines Mindestlohnes aus. Dieser müsse aber nach Auffassung des Abgeordneten Blumenthal branchenspezifisch und regional ausbalanciert sein. Einen einheitlichen gesetzlichen Min-

destlohn lehne er ab und verwies unter anderem auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich und Großbritannien. Für die SPD-Landesgruppe sprach sich die Abgeordnete Hiller-Ohm für die sofortige Einführung eines einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohnes in Höhe von 8,50 Euro durch den Gesetzgeber aus. Dieser sei, aufgrund zunehmender prekärer Arbeitsverhältnisse, unverzichtbar. Auch für die grüne Abgeordnete Dr. Wilms bedarf es eines allgemeinen Mindestlohnes von mindestens 8,50 Euro. Ihrer Auffassung nach sei es jedoch zunächst an den Tarifpartnern, einen Mindestlohn zu vereinbaren. In den Bereichen, in denen es zu keiner Einigung komme, müsse der Staat einen Mindestlohn festlegen. Geschäftsführer Brockmann wies darauf hin, dass auch im Handwerk das Thema Mindestlohn vielstimmig diskutiert werde. Einig sei sich das Handwerk jedoch, dass die Tarifautonomie ein hohes Gut sei und dass an ihr nicht gerüttelt werden dürfe. Vielmehr gelte es, die Tarifautonomie wieder zu stärken.



...und der SPD vor Ort in Berlin.

Ein weiteres wichtiges Thema war die angekündigte Reduzierung der Einspeisevergütung für Photovoltaikstrom. Präsident Mietschke kritisierte insbesondere den Zeitplan und den mangelnden Vertrauensschutz für bereits finanzierte und im Bau befindliche Anlagen. Die Kritik wurde von den Abgeordneten parteiübergreifend geteilt und es erfolgte die Zusicherung, sich für eine sinnvolle Übergangslösung einzusetzen.

Präsident Ulrich Mietschke zog dann auch ein positives Fazit dieser politischen Jahresgespräche: „Es freut uns sehr, dass wir den Abgeordneten viele wichtige Themen erfolgreich mit auf den Weg geben konnten.“

Gesundheitshandwerker: Gespräch beim Minister

Der stete Austausch mit Politik und Ministerien ist ein elementarer Baustein der Verbandsarbeit. So freuten sich die Gesundheitshandwerke unter unserem Dach, Anfang des Jahres in Kiel mit Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg (FDP) zusammen-



Gesprächsteilnehmer mit dem Minister Dr. Heiner Garg (3. von links) in Kiel.

zutreffen. Der Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit begrüßte die Delegation und zeigte ein offenes Ohr für ihre Themen und Anliegen. Im Mittelpunkt des mehr als zweistündigen Gesprächs standen beispielsweise bürokratische Hemmnisse, die den Unternehmen im Alltag im Weg stehen. Dazu zählt beispielsweise ein, so Handwerk-Geschäftsführer Tim Brockmann, „heilloser Durcheinander bei vorhandenen Verträgen mit den Krankenkassen“. Es handele sich inzwischen um eine kaum noch steuerbare, geschweige denn sinnvoll bearbeitbare Anzahl von Verträgen, die die Betriebe mit den Krankenkassen schließen müssten. Für die Teilnehmer der Gesprächsrunde auch ein klares Indiz für die „Marktmacht und den Machtmissbrauch“ vieler Krankenkassen. „Dabei“, so Minister Dr. Garg kritisch, „müssten sich die Krankenkassen eigentlich als Partner im Markt verstehen – sie sollten kein Bremsklotz sein.“ Des Weiteren wies die Runde den Minister auf die unübersichtliche Mehrwertsteuerproblematik bei Hilfsmitteln hin, denn die Besteuerung sei häufig unklar. Unterstützung gab es auch für die Ablehnung des verkürzten Versorgungsweges, also der Bezug von Heil- und Hilfsmitteln direkt vom behandelnden Arzt, denn die Trennung von medizinischer und handwerklicher Versorgung ist Voraussetzung für eine optimale Versorgung des Patienten.

Herausgeber:

Handwerk Schleswig-Holstein e.V.

**Vereinigung der Fachverbände
und Kreishandwerkerschaften**

Gablenzstraße 9 • 24114 Kiel

Fon 0431.98179-0 • Fax -22

info@handwerk.sh • www.handwerk.sh

Gestaltung und Druck:

www.joc-marketing.de, Heide & Hamburg

Partner des Handwerks:

